

Datenskandal: Wir prüfen gesetzlichen Handlungsbedarf

Zu den Skandalen wegen der unerlaubten Geldabbuchung von Konten erklärt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen **Karl-Martin Hentschel**:

Die Vorfälle machen erneut deutlich, welcher hohe Stellenwert Datenschutz für die Bürger hat.

Es muss jetzt geprüft werden, ob gesetzliche Änderungen erforderlich sind. So könnten Abbuchungen in Zukunft nur noch mit schriftlicher Genehmigung erlaubt sein und Verstöße dagegen dann als Vergehen strafbar werden.

Wir werden auch prüfen, ob die Vorschriften für den Handel mit Daten ausreichen, um die Bürger ausreichend zu schützen!
